

## **Abwägungsprotokoll vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Altbensdorf" Nr. 18 der Gemeinde Bensdorf**

für die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Bensdorf am 06. Mai 2024

über die während der erneuten Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden nach § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB sowie während der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen zum geänderten Entwurf des o.g. Bebauungsplans.

Mit Schreiben vom 15.02.2024 wurden die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB über den geänderten Entwurf des o.g. Bebauungsplans informiert und unter Fristsetzung bis zum 21.03.2024 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans aufgefordert. In der Zeit vom 06.03.2024 bis einschließlich 08.04.2024 fand die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB statt. Nachstehende Anregungen gingen während der Beteiligungsfrist ein.

### Inhaltsverzeichnis

Tabelle 1	Aufstellung der mit Schreiben vom 15.02.2024 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
Tabelle 2	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben
Tabelle 3	Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden
Tabelle 4	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben
Tabelle 5	Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

**Tabelle 1    Aufstellung der mit Schreiben vom 15.02.2024 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
Nachbargemeinden, die eine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
1	Naturschutzverein Freier Wald e.V., Kallinchen	19.02.24
2	GDMcom GmbH, Leipzig	20.02.24
3	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	22.02.24
4	Amt Ziesar	23.02.24
5	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co.KG, Berlin	27.02.24
6	Waldkleeblatt - Natürliche Zauche e.V., Beelitz	26.02.24
7	Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg, Potsdam	05.03.24
8	Gemeinde Milower Land, Milower Land	27.02.24
9	Land Brandenburg - Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	06.03.24
10	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	07.03.24
11	E.DIS Netz GmbH, Jüterbog	01.03.24
12	Stadt Genthin	07.03.24
13	Land Brandenburg - Landesamt für Bauen und Verkehr, Cottbus	07.03.24
14	Landesbetrieb Forst Brandenburg Untere Forstbehörde, Bad Belzig	08.03.24
15	Deutsche Telekom Technik GmbH, Dresden	14.03.24
16	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Teltow	13.03.24
17	Land Brandenburg - Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	13.03.24
18	Land Brandenburg - Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Schönefeld	20.03.24
19	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement, Wusterwitz	19.03.24
20	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, Potsdam	20.03.24
21	Land Brandenburg - Landesamt für Umwelt, Potsdam	21.03.24
22	Landkreis Potsdam-Mittelmark	21.03.24
23	Stadt Brandenburg an der Havel	21.03.24

**Tabelle 2    Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange
1	Land Brandenburg - Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege
2	EMB Energie Mark Brandenburg GmbH
3	Wasser- und Bodenverband Untere Havel-Brandenburg/Havel
4	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH
5	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam
6	Polizeipräsidium Potsdam, Schutzbereich Brandenburg
7	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst
8	BIMA Bundesanstalt für immobilienaufgaben
9	Landesjagdverband Brandenburg e.V.
10	Industrie- und Handelskammer Potsdam
11	Amt Wusterwitz für die Gemeinden Bensdorf und Rosenau
12	Stadt Jerichow

**Tabelle 3 Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden**

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>1</b>	<b>Naturschutzverein Freier Wald e.V.</b> Hauptstraße 21 15806 Zossen OT Kallinchen	19.02.24	Der Naturschutzverein kann wegen mangelnder Kapazitäten und der hohen Anzahl der Erstellung weiterer Stellungnahmen keine Stellungnahme zum geplanten Vorhaben abgeben.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
<b>2</b>	<b>GDMcom GmbH</b> Maximilianallee 4 04129 Leipzig	20.02.24	GDMcom GmbH erteilt Auskunft für folgende Anlagenbetreiber:  Erdgasspeicher Peissen GmbH, Hauptsitz Halle --> keine Betroffenheit Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), Hauptsitz Schwaig b. Nürnberg --> keine Betroffenheit ONTRAS Gastransport GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit VNG Gasspeicher GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der o.g. Anlagenbetreiber. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden, ist eine erneute Anfrage durchzuführen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>3</b>	<b>50Hertz Transmission GmbH</b> Heidestraße 2 10557 Berlin	22.02.24	Die übergebenen Unterlagen wurden geprüft. Im Plangebiet befinden sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen oder sind in nächster Zeit geplant. Die Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Hinweis zur Digitalisierung: Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-) Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise Shapefiles oder kml-Datei).	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
<b>4</b>	<b>Amt Ziesar</b> Mühlentor 15 A 14793 Ziesar	23.02.24	Nach Prüfung der eingegangenen Unterlagen bestehen seitens des Amtes Ziesar keine Hinweise oder Einwände zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Das Amt Ziesar sieht seine Interessen und Belange durch die Aufstellung des Bebauungsplans nicht berührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
<b>5</b>	<b>NBB Netzgesellschaft Berlin - Brandenburg mbH &amp; Co.KG</b> EUREF-Campus 1-2 10829 Berlin	04.03.24	Die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft erfolgt ausschließlich über Leico - Leitungs-check-online der infrest-Infrastruktur eStrasse GmbH. Die NBB kann kostenfrei über Leico beteiligt werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
<b>6</b>	<b>Waldkleeblatt - Natürliche Zauche e.V.</b>  Wilmsdorfer Straße 24 14547 Beelitz OT Fichtenwalde	26.02.24	Durch den Verein wird keine Stellungnahme zum Vorhaben abgegeben.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
7	<b>Gemeinsame Landesplanung GL 5 - Umsetzung der Raumordnungspläne, landesplanerische Verfahren</b> Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 14467 Potsdam	05.03.24	<p>Ziele der Raumordnung stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Es gelten die Inhalte der bereits abgegebenen Stellungnahmen vom 12.01.2024 bzw. 16.11.2023: <i>"Mit dem vorliegenden Verfahren sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer großflächigen Photovoltaikanlage geschaffen werden. Ziele der Raumordnung stehen dem Vorhaben nicht entgegen."</i></p> <p>aus Stellungnahme vom 07.03.2023: <i>Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 (RegPI H-F 3.0) liegt nunmehr als raumkonkreter Entwurf vor. Das öffentliche Beteiligungsverfahren zu diesem Entwurf hat stattgefunden und endete am 09.06.2022. Die im Entwurf enthaltenen Zielfestlegungen sind damit als in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung anzusehen, die nach § 4 Abs. 1 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind."</i></p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Siehe auch Stellungnahme 16 - Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming - zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
8	<b>Gemeinde Milower Land</b> Friedensstraße 86 14715 Milower Land	27.02.24	In den Stellungnahmen vom 28.02.2023, vom 20.06.2023 und vom 06.11.2023 haben wir bereits auf die geplante Errichtung des Solarparks "Knoblauch Süd", unmittelbar an der Grenze zur Gemeinde Bensdorf auf einer Fläche von ca. 13,3 ha hingewiesen. Der Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und der Einleitungsbeschluss zur 2. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplans - Planteil Nitzahn - im Parallelverfahren wurden auf der Sitzung der Gemeindevertretung Milower Land am 29.06.2022 gefasst. Die nunmehr vorliegenden Vorentwürfe mit Stand vom 14.02.2024 übermitteln wir Ihnen hiermit vorab zur Info und weiteren Verwendung. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgt voraussichtlich im Zeitraum März / April 2024.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.  Der geplante Solarpark "Knoblauch Süd" in der Gemarkung Nitzahn, auf einer Fläche von ca. 13,3 ha, fast unmittelbar an die Vorhabensfläche angrenzend, wurde in der weiteren Planung, insbesondere den Umweltbelangen, berücksichtigt. Der Abstand zwischen den Baufeldern wurde auf eine Korridorbreite von 100 m verbreitert.
9	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe</b> Inselstraße 26 03046 Cottbus	06.03.24	Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 15.11.2023 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit. Die in der Stellungnahme aufgeführten Belange sind im Abwägungsprotokoll, Stand 26.01.2024, berücksichtigt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
10	<b>Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung</b> <b>Ländliche Neuordnung, Ref. B2</b> OT Groß Glienicke Seeburger Chaussee 2 14476 Potsdam	07.03.24	Das Bodenordnungsverfahren Wusterwitz ist von den Planungen nicht betroffen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
11	<b>E.DIS Netz GmbH</b> Luckenwalder Berg 7 14913 Jüterbog	01.03.24	<p>Gegen die Planung bestehen, vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung des Anlagenbestandes und Beachtung der nachfolgend benannten Anmerkungen, keine Bedenken:</p> <p>Im Bereich des Plangebietes befinden sich Leitungen und Anlagen des Unternehmens. Planauskünfte können kostenfrei online im Planauskunftsportal angefordert werden. Eventuell notwendige Änderungen an den Anlagen sind rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>Die Stellungnahme beinhaltet noch keine Zusage zum Anschluss des Solarparks an das Versorgungsnetz, da hier eine vertragliche Vereinbarung mit dem Investor erforderlich ist.</p> <p>Hinweise mit der Bitte um Berücksichtigung: Netzbetrieb</p> <p>Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbeseitigung zu gewährleisten, wird darauf geachtet, dass die Leitungstrassen von Baumpflanzungen freizuhalten sind. Pflanzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Flächen sind abzustimmen --&gt; siehe auch Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die allgemeinen Hinweise zu Netzbetrieb und Kabelführungen sind in den nachgeordneten Genehmigungsverfahren zu beachten.</p>



Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Kabel</p> <p>Zu vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich.</p>	
12	<p><b>Stadt Genthin</b></p> <p>Marktplatz 3</p> <p>39307 Genthin</p>	07.03.24	<p>Nach Prüfung der übergebenen Unterlagen bestehen keine weiteren Einwände und Hinweise.</p> <p>Die bauleitplanerischen Belange der Stadt Genthin werden nicht berührt.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
13	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesamt für Bauen und Verkehr</b> <b>Außenstelle Cottbus</b> PSF 10 07 44 03007 Cottbus	06.03.24	<p>Der eingereichte Vorgang wurde in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" geprüft.</p> <p>Die, gegenüber dem B-Plan-Entwurf (Stand 25.09.2023) zwischenzeitlich eingearbeiteten Änderungen wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gegen die beabsichtigte Aufstellung des Bebauungsplans bestehen aus Sicht der Landesverkehrsplanung weiterhin keine Einwände. Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV werden durch die Änderungen nicht berührt.</p> <p>Belange des zivilen Luftverkehrs betreffend wird auf die gesonderte Prüfung durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg verwiesen.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Siehe Stellungnahme 18 - Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg -</p> <p>Die bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
14	<b>Landesbetrieb Forst Brandenburg Untere Forstbehörde Forstamt Potsdam - Mittelmark</b> Waldfrieden 11 14806 Bad Belzig	08.03.24	Seitens der Unteren Forstbehörde besteht keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.  Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise: Alle Betriebsanlagen und die Einfriedungen des Betriebsgeländes haben ausreichende Abstände zu angrenzenden Waldflächen einzuhalten.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.  Die Einhaltung der Abstände zu angrenzenden Waldflächen ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.
15	<b>Deutsche Telekom Technik GmbH</b>  01059 Dresden	13.04.24	Zum Vorhaben wurde bereits mit Schreiben PTI 32, B1, Susanne Tschendel; 2505-331004 vom 07.03.2023 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter: <i>"Im Planungsbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Die TK-Linien befinden sich im öffentlichen Straßenland - im Neu-Plauer Weg. Es ist zu beachten, dass die Telekom ggf. nicht verpflichtet ist, die Photovoltaikanlage an ihr öffentliches Telekommunikationsnetz anzuschließen."</i>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
16	<b>Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming</b> Oderstraße 65 14513 Teltow	05.03.24	Die Stellungnahme vom 18.01.2024 mit dem Aktenzeichen 6qa_10049_xh behält ihre Gültigkeit. Das Vorbehaltsgebiet zur Rohstoffgewinnung "VB 03 Bensdorf-West" wird voraussichtlich im 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 Havelland-Fläming an das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 18 "Solarpark Altbensdorf" angepasst werden. Regionalplanerische Belange stehen nicht entgegen.  <i>Die Stellungnahme vom 18.01.24 entspricht in den wesentlichen Aussagen der Stellungnahme vom 16.11.23.</i>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<i>Stellungnahme vom 16.11.23:</i>	<i>Abwägung vom 26.01.2024:</i>
			<p><i>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region. Am 17. November 2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen. Am 15. Juni 2023 wurde der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 gebilligt und beschlossen.</i></p> <p><i>Der westliche Bereich des Plangebietes ist im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung "VB 03 Bensdorf-West" dargestellt. Der Entwurf wird gegenwärtig überarbeitet. Es ist vorgesehen, den betreffenden Bereich nicht mehr als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung festzulegen. Über die Änderung des Entwurfs entscheidet die Regionalversammlung voraussichtlich im Jahr 2024.</i></p>	<p><i>Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung "VB 03 Bensdorf-West" ist im gegenwärtig überarbeiteten Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 nicht mehr vorgesehen.</i></p> <p><i>In der Veröffentlichung zur Regionalversammlung vom 16.11.2023 werden Umweltbelange wie die Nähe zum FFH-Gebiet Pelze sowie vorhabenbedingte Beeinträchtigungen des Schutzguts Landschaft – Bereich Landschaftsbild und Erholung als Gründe benannt.</i></p> <p><i>Da eine Entscheidung der Regionalversammlung zum neuen Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming erst im Jahresverlauf 2024 vorgesehen ist, erfolgt die Abwägung auf dem aktuellen Entwurfsstand des Regionalplans vom 05.10.2021 mit Stellungnahme vom 21.02.2023. An entsprechender Stelle wird auf das geplante Streichen des Vorbehaltsgebietes Rohstoffgewinnung jedoch bei Bedarf eingegangen.</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><i>Stellungnahme vom 21.02.2023:</i></p> <p><i>Prüfung auf Grundlage des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021, sowie des sachlichen Teilregionalplans "Windenergienutzung", aufgestellt am 17.11.2022, sowie des sachlichen Teilregionalplans Havelland-Fläming "Grundfunktionale Schwerpunkte" vom 23.11.2020.</i></p>	<p><i>Das festgelegte Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung "VB 03 Bensdorf-West" ist gem. § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz als sonstiges Erfordernis der Raumordnung zu berücksichtigen. Es wird in der weiteren Planung zu Abwägungs- und Ermessungsentscheidungen aufgenommen. Siehe auch Stellungnahme Nr. 10, Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe.</i></p>
			<p><i>Das Plangebiet überschneidet sich im westlichen Bereich mit dem im Regionalplanentwurf festgelegten Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung "VB 03 Bensdorf-West". Das festgelegte Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung ist gem. § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz als sonstiges Erfordernis der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessungsentscheidungen zu berücksichtigen.</i></p>	<p><i>Vorbehaltsgebiete für den Abbau von Bodenschätzen sind Gebiete, die bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist (§ 7 Abs. 3 Nr. 2 ROG). Das im Entwurf festgelegte Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung ist gem. § 4 Abs. 1 ROG als sonstiges Erfordernis der Raumordnung zu berücksichtigen.</i></p> <p><i>Das Plangebiet überschneidet mit ca. 42 ha das Vorbehaltsgebiet „VB 03 Bensdorf-West“, das insgesamt eine Größe von 171,76 ha aufweist. In Vorbehaltsgebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe kommen dem Belang der regional bedeutsamen Rohstoffsicherung bei der Abwägung mit konkurrierenden Raumansprüchen, welche eine mögliche Rohstoffgewinnung dauerhaft erschweren oder behindern, ein besonderes Gewicht zu.</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
				<p>Im Entwurf zum Regionalplan Havelland-Fläming werden insgesamt 28 Vorranggebiete für Sand, Kiessande und Ton mit einer Gesamtfläche von 1.615,65 ha ausgewiesen (davon 954,27 ha für Kiessand bzw. Sand/Kiessand). Daneben werden insgesamt 40 Vorbehaltsgebiete für Sand, Kiessand und Ton mit einer Gesamtfläche von 2.495,76 ha ausgewiesen (davon 1.648,78 ha für Kiessand bzw. Sand/Kiessand).</p> <p>Für das Vorbehaltsgebiet 03 Bensdorf-West, das nur teilweise durch die Planfläche überdeckt ist, wird das Planungskonzept zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung - Anlage 1 zum Beschluss 05/03/04 der 5. Sitzung der Regionalversammlung am 17.06.2021 dargestellt, nach welchen Kriterien das Gebiet ausgewählt wurde. Dabei werden für Vorranggebiete eine geringe Sicherungswürdigkeit, geringe Raumnutzungskonflikte und eine gute Erschließbarkeit angeführt. Bei der Sicherungswürdigkeit wird für das VB 03 ein Wert von 11 bestimmt; erst ab 14 kommt die Einordnung als Vorranggebiet in Betracht. Aus der Einordnung lässt sich entnehmen, dass das Gebiet nur regional wirtschaftliche Bedeutung hat und es sich bei den lagernden Rohstoffen auch nicht um eine besondere Qualität handelt.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
				<p><i>Aufgrund des Bedarfs und den noch vorhandenen Lagerstätten an Kiessanden bereits in den Vorranggebieten sowie der Ungunstfaktoren wie Nähe zu Siedlungen und Schutzgebieten (FFH-Gebiet) ist es daher unwahrscheinlich, dass dieses Vorkommen in den nächsten 35 Jahren zum Abbau benötigt wird. Es sind ausreichende und attraktivere Flächen zur Bedarfsdeckung innerhalb des Regionalplangebiets vorhanden. Weiterhin wird nur eine Fläche von 42 ha belegt, sodass noch ein Großteil der Vorbehaltsfläche verbleibt. Zudem wird die Fläche nur vorübergehend für 35 Jahre zwischengenutzt und kann später noch zur Kiesgewinnung abgebaut werden. Das für den Regionalplanentwurf durchgeführte Monitoring bezieht sich jedoch auf eine Sicherung für mehrere Jahrzehnte.</i></p> <p><i>In Vorbehaltsgebieten für die Sicherung oberflächennaher Rohstoffe wird diesen zwar ein besonderes Gewicht beigemessen. Dies schließt jedoch andere Nutzungen nicht grundsätzlich aus, auch wenn Vorbehaltsgebiete eine Nutzungspräferenz darstellen für die Rohstoffgewinnung mit erhöhten Anforderungen hinsichtlich der Abwägung an konkurrierende Raumansprüche. Auf Seiten der Rohstoffsicherung gilt zu dem die Rohstoffsicherungsklausel gemäß § 48 Abs. 1 Satz 2 BBergG. Diese führt zu einer Abwägungsdirektive für die Rohstoffsicherung (siehe dazu ausführlich die Abwägung zur Stellungnahme des Bergwerkseigentümers in Tabelle 5).</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
				<p><i>Allerdings spricht auf Seiten des Planungsinteresses insbesondere das besondere öffentliche Interesse an der Umsetzung von erneuerbaren Energien nach § 2 EEG 2023 für das Vorhaben und die kommunale Planung. Damit besteht ebenfalls eine Abwägungsdirektive für die Umsetzung der Planung, die im Ergebnis mit dem Interesse an der kommunalen Etablierung der Solarenergie das öffentliche Interesse an der Rohstoffsicherung überwiegt. Die Rohstofffläche wird in den nächsten Jahrzehnten nicht unmittelbar für eine regionale Rohstoffsicherung im Interesse der Allgemeinheit benötigt. Es kann - auch nach den vorgesehenen Festsetzungen des Regionalplans - ausreichend auf andere Gebiete zurückgegriffen werden. Der Rohstoffsicherung kommt damit kein Vorrang gegenüber einer PV-Nutzung zu. Diese überwiegt in Ihrem Nutzen für die Energiesicherung – insbesondere mit Blick auf § 2 EEG 2023.</i></p> <p><i>Auch insofern der Anwendungsbereich des § 48 Abs. 1 BBergG nicht eröffnet wäre, greift sodann § 48 Abs. 2 BBergG, wonach die für die Zulassung von Betriebsplänen zuständige Behörde eine Aufsuchung oder eine Gewinnung beschränken oder untersagen kann, soweit ihr überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen. Bei der Prüfung, ob eine Beschränkung oder Untersagung zu erfolgen hat, sind bei raumbedeutsamen Vorhaben Ziele der Raumordnung zu beachten.</i></p>



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
				<p><i>Bei einem Bebauungsplan handelt es sich zwar um eine Vorschrift, die nach der Rohstoffsicherungsklausel relevant ist (vgl. (Kühne in: Kühne/von Hammerstein/Keienburg/Kappes/Wiesendahl, BBergG Bundesberggesetz, 3. Auflage, § 48 BBergG, Rn. 12). Allerdings wird hierdurch deutlich, dass auch unabhängig von der konkreten Planung eine zukünftige Aufsuchung und Gewinnung nicht ernstlich in Betracht kommt. Einer Betriebszulassung würde bereits das Raumordnungsrecht entgegenstehen – neben der fehlenden Berechtigung zur Nutzung der Oberfläche –, die die Behörde zu beachten hätte.</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
17	<b>Land Brandenburg</b> <b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmal-</b> <b>pflge und Archäologisches Landesmuseum</b> <b>Abteilung Bodendenkmalpflege</b> Wünsdorfer Platz 4-5 15806 Zossen	13.03.24	<p>Die bereits abgegebene fachliche Stellungnahme GV 2023:222 vom 21.11.2023 behält weiterhin ihre Gültigkeit. Demnach sind im Bereich des Vorhabens derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert. Im Zuge von Erdarbeiten aller Art können trotzdem noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u.ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu halten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Die Denkmalschutzbehörde kann diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert.</p>	Die Hinweise für den Fall des Entdeckens von Bodendenkmalen bzw. Funden wurden in der Begründung aufgenommen und in der Planzeichnung als Sonstige Festsetzung übernommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen. Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen.</p> <p>Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhabenträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen.</p> <p>Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u.ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalspflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Hinweis:</p> <p>Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Die Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).</p> <p>Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.</p>	
18	<p><b>Land Brandenburg</b>  <b>Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde</b>  <b>Berlin - Brandenburg</b>  Mittelstraße 5/5a  12529 Schönefeld</p>	20.03.24	<p>Es wird auf die Stellungnahme vom 16.03.2023 (Az.: 4121-50180/01907LF/2023) verwiesen. Die dort getroffenen Aussagen und erteilten Hinweise behalten weiterhin Gültigkeit.</p> <p><i>Stellungnahme vom 16.03.2023:</i>  <i>"Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</i>  <i>Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das Verfahren nicht berührt.</i>  <i>Störung von Flugsicherungseinrichtungen steht dem Vorhaben nicht entgegen.</i>  <i>Derzeit bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans."</i></p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
19	<b>Amt Wusterwitz</b> <b>Gebäude- und Grundstücksmanagement</b> August-Bebel-Straße 10 14789 Wusterwitz	19.03.24	Die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung ist von der Planung nicht berührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
20	<b>Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR</b> Lindenstraße 34 14467 Potsdam	20.03.24	Die Stellungnahme vom 24.07.2023 wird aufrechterhalten. Es wird um weitere Beteiligung im Verfahren gebeten. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung) beantragen wir auf Grundlage von § 3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an <a href="mailto:info@landesbuero.de">info@landesbuero.de</a> . Stellungnahme vom 24.07.2023:	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Das Plangebiet ist landwirtschaftliche Nutzfläche im unbebauten Offenlandbereich. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt für das Erreichen der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele und zur Umsetzung der Energiewende ein <u>naturverträglicher</u> Ausbau von PV-Anlagen eine wichtige Rolle. Zum Schutz von Natur und Landschaft sollten Flächenkapazitäten im Innenbereich (Wohn-, Industrie- und Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung <u>außerhalb</u> von Schutzgebieten errichtet werden. Auch sollten innovative Nutzungen wie "Agri-PV-Fläche" in Betracht gezogen werden. Naturschutzfachliche Belange müssen bei der Standortwahl hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden.</p> <p>Grundsätzlich sind vorh. Landschaftsstrukturen zu erhalten, aufzuwerten und zu ergänzen. PV-Freiflächenanlagen sollten bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung errichtet werden. Gebiete mit hochwertigem Landschaftsbild und ökologisch hochwertigen Flächen ohne Schutzstatus</p>	<p>Die Planung auf der Grundlage des aktuellen Baurechts erfolgt mit dem Ziel, mit der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern, den Ausstoß an CO<sub>2</sub> zu verringern und damit dem Klimawandel entgegen wirken soll. Gemäß Beschluss des Bundestages soll die deutsche Stromversorgung deutlich schneller auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p> <p>Ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung besteht auch aufgrund von § 2 EEG. Aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie sollte der geplanten Nutzung der Vorrang eingeräumt werden.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>(Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten) sind für die Bebauung von PV-Freiflächenanlagen auszusparen. PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV-Anlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna nicht abgeschätzt werden. Welchen Einfluss das Plangebiet auf den Flugkorridor der Großtrappen zwischen Fiener Bruch und Havelländisches Luch haben kann, kann nicht abgeschätzt werden. Es wird auf das Verschlechterungsverbot hingewiesen. Der bereits nachgewiesene Rückgang der Artenvielfalt wird durch Lebensraumverluste in Folge von Überbauung und Nutzungsänderungen wesentlich weiter vorangetrieben.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Der Schutz der Biodiversität muss deutlich stärker Berücksichtigung finden.</p> <p>Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten.</p> <p>Es werden Bedenken angemeldet, da die Planfläche, wenn auch nur zeitlich begrenzt, der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird, erheblichen Einfluss auf den Fortbestand geschützter Arten hat und für den Landschaftsraum bereits eine Vielzahl ähnlicher Planvorhaben bestehen.</p> <p>Es wird um die weitere Einbeziehung in das Verfahren sowie die Zustellung des Abwägungsergebnisses gebeten.</p>	<p>Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Im Plangebiet vorhandene Tierarten wurden im Artenschutzfachbeitrag erfasst und dazu erforderliche Schutzmaßnahmen in der Planung berücksichtigt.</p>
21	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesamt für Umwelt</b> Postfach 60 10 61 14410 Potsdam	21.03.24	<p>Die übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft zur Kenntnis genommen und geprüft. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark.</p>	



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Immissionsschutz</p> <p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit:</p> <p>Zuletzt mit Stellungnahme 228/23 T25 als Bestandteil der Gesamtstellungnahme LfU-TOEB-3700/839+5#425146/2023 vom 29.11.2023 wurde sich zum Verfahren geäußert.</p> <p>Bei der geplanten Photovoltaikanlage handelt es sich um eine im Sinne des BImSchG nicht genehmigungsbedürftige Anlage. Gemäß § 22 BImSchG sind solche Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen in Form von Licht (Blendwirkung) und Lärm aus, die grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Im Ergebnis des beigefügten Blendgutachtens kann eine unzulässige Blendung sowohl für die Nutzer der L96 als auch für</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>die südlich gelegene Stallanlage ausgeschlossen werden. Ausführungen zu der geplanten Aufstellung von Batteriespeichern sind nunmehr in Bezug auf den Brandschutz enthalten. Allerdings sind spätestens im Baugenehmigungsverfahren vertiefende Aussagen zu den geplanten Batteriespeichern erforderlich.</p> <p>In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine Anlagen, die den Anforderungen der 12. BImSchV unterliegen.</p> <p>Umweltbericht</p> <p>Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft.</p> <p>Den entsprechenden Ausführungen kann gefolgt werden.</p>	<p>Der Brandschutz in Bezug auf die Aufstellung von Batteriespeichern ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p>
			<p>Dem Vorhaben kann hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>
			<p>Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.</p> <p>Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Wasserwirtschaft</p> <p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit:</p> <p>Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 29.11.2023 eine Stellungnahme abgegeben, die auf die Gesamtstellungnahme des LfU vom 17.03.2023 hinweist.</p> <p>Darin wurde insbesondere auf eine im Plangebiet vorhandene Grundwasser-Messstelle und auf ein Gewässer II. Ordnung hingewiesen.</p> <p>Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, werden keine weiteren Hinweise gegeben.</p>	<p>Die vorhandene Grundwasser-Messstelle und das Gewässer II. Ordnung wurden in der Planung berücksichtigt.</p>
22	<p><b>Landkreis Potsdam-Mittelmark</b></p> <p><b>Dienststelle: Fachbereich 4</b></p> <p><b>Recht, Bauen, Umwelt, Kataster und Vermessung</b></p> <p><b>Fachdienst Öffentliches Recht, Kommunalaufsicht, Denkmalschutz</b></p> <p>Potsdamer Straße 18a</p> <p>14513 Teltow</p>	21.03.24		

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Abwägung
<b>22.1</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Untere Wasserbehörde</b>	Wasserrechtliche Belange stehen dem Entwurf des Bebauungsplans BP "Solarpark Altbensdorf" gegenwärtig nicht entgegen. Einwände: Keine Grundwasser: Der Flurabstand entspricht laut GIS ca. 1-3 m uGOK. Damit liegt im Bereich des geplanten Planvorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor. Die Pfähle, auf denen die PV-Anlagen errichtet werden, sind korrosionsbeständig herzustellen. Oberflächengewässer: Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschriften regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Abs. 1), die räumliche Ausdehnung (Abs. 2 u. 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Abs. 4 u. 5).	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.          Die Hinweise wurden in der Planung berücksichtigt.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Löschwassererschließung:</p> <p>Sollen Löschwasserbrunnen innerhalb des Brandschutzkonzeptes eingeplant werden, sind diese bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Die UWB bevorzugt Brunnen, die in dem obersten Unbedeckten Grundwasserleiter ausgebaut werden.</p>	<p>In der nachgeordneten Genehmigungsplanung sind im Brandschutzkonzept die Löschwasserbedingungen zu beachten.</p>
			<p>Batteriespeichersysteme (BSS):</p> <p>Derzeit wird davon ausgegangen, dass bei Batterien mit CE-Kennzeichnung, die in Batteriespeichern von weiteren dichten / beständigen Hüllen umgeben sind (Module, Racks, Batteriegehäuse), kein Besorgnisansatz einer Gewässerverunreinigung durch flüssige Leckagen gesehen wird. So wird ein Container mit Auffangwanne als völlig ausreichend angesehen, um Leckage effektiv zurückzuhalten.</p>	<p>In der nachgeordneten Genehmigungsplanung sind im Brandschutzkonzept die Brandschutzanforderungen für Batteriespeichersysteme zu beachten.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Zum Thema Löschwasser-Rückhaltung ist zunächst festzustellen, dass das Szenario "Kontrollierter Abbrand ohne Einsatz von Lösch- und Kühlwasser" offenbar zunehmend Verbreitung findet.</p> <p>Einschub: Bei Bränden von Lithium-Ionen-Zellen / -Modulen können Gase freigesetzt werden, die zu einem Druckanstieg, ggf. zu explosionsartigen Ereignissen führen können. Unter Umständen sind in der Folge partielle Zerstörungen der Containerwände / der Türen zu erwarten. Werden unter diesen Umständen die Energiespeicher-Container (EES) gelöscht bzw. gekühlt, kann dies zu einem Anfall von kontaminierten Löschwasser führen. Die Folge ist eine nicht abzuwendende schädliche Veränderung der Grundwasserqualität.</p> <p>Um dem vorzubeugen, sind Brände von EES ohne Zufuhr von Löschwasser für die gesamte Dauer des Brandes kontrolliert abbrennen zu lassen.</p> <p>Unerlässlich und Grundlage für die Prüfung und Bewertung der Löschwasser-Rückhaltung aus Sicht der AwSV ist das Brandschutzkonzept einer Anlage. Hierin sind alle Maßnahmen zum vorbeugenden sowie zum abwehrenden Brandschutz zu beschreiben. Der vorbeugende Brandschutz ist Aufgabe der Bauaufsicht, der abwehrende die der Feuerwehr.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Schotter als Untergrund wird daher als nicht geeignet angesehen.</p> <p>Der Austritt von flüssigem Elektrolyt ist vermutlich bei einem Abbrand nicht zu befürchten. Bei den zu erwartenden, sehr hohen Temperaturen, wird er eher vollständig verdampfen.</p> <p>§ 20 AwSV fordert nicht nur die Rückhaltung für Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sondern auch für aus tretende wassergefährdende Stoffe und für Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften. Allerdings wird nun vom Ministerium hierfür eine Bodenfläche in herkömmlicher Beton- oder Asphaltbauweise für ausreichend erachtet. Sie soll gewährleisten, dass entsprechende Rückstände vollständig aufgenommen werden können. Die Forderung nach einer flüssigkeitsundurchlässigen Fläche nach § 18 Abs. 2 AwSV / nach der TRwS 786 (Dichtflächen) wird nach derzeitigen Kenntnisstand für die Rückhaltung von festen Brandrückständen für unverhältnismäßig erachtet.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Um einen Brand eines EES auch ohne aktives Löschen oder Kühlen zu begegnen, sind die einzelnen EES z.B. durch Brandschutzwände zur jeweils nebenstehenden Systemeinheit abzuschotten. In diesem Fall kann auch von einer baulichen Löschwasserrückhalteinrichtung abgesehen werden, da im Brandfall kein Wasser zum Löschen oder Kühlen der EES eingesetzt wird. Das eingesetzte Wasser zum Schutz der Umgebung wird nicht mit wassergefährdenden Stoffen kontaminiert. Daraus folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- kein Löschen oder Kühlen eines brennenden EES</li> <li>- lediglich Schutz der Umgebung mit Wasser vor Beeinträchtigung</li> <li>- Errichtung von Brandschutzwänden (T-Wände) beidseitig eines jeden Speichercontainers</li> <li>- Errichten einer befestigten Oberfläche unterhalb der Container zum Rückhalt ggf. während eines Brandes anfallender Brandrückstände</li> </ul> <p>Die Immissionsbelastung bei einem unvorhersehbaren Brandereignis, das nicht gelöscht werden darf, ist zu diskutieren.</p>	



Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			Ergänzende Hinweise zu den Energiespeichern werden in der Stellungnahme noch beschrieben.	
			Ergänzender Hinweis zur potenziellen Löschwasser-Rückhaltung: Es wird auf Abschnitt 2.1 der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie (LöRüRI) verwiesen. Eine Umrechnung der in einem Container vorhandenen WGK 2- und WGK 3-Stoffe ergeben je EES Mengen an WGK-1-Stoffen, die im dreistelligen Tonnen Bereich liegen. Diese Masse übersteigt den entsprechenden Schwellenwert der LöRüRI. Die Anwendbarkeit der LöRüRI eröffnet sich über Abschnitt 5.4 der TRwS 779 (Juni 2023).	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>22.2</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Untere Abfallwirtschaftsbehörde</b>		<p>Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf des Bebauungsplans BP "Solarpark Altbensdorf" gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Weitergehende Hinweise:</p> <p>Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen. Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen. Anfallender Bodenaushub ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Entsorgungsbelege sind aufzubewahren und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.</p> <p>Sollte ein Einbau aufbereiteter mineralischer Abfälle (z.B. Recyclingmaterial - RC) vorgesehen sein, wird darum gebeten, sich mit dem FD 46 des Landkreises Potsdam-Mittelmark in Verbindung zu setzen.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>22.3</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Untere Bodenschutzbehörde</b>		<p>Die Forderung der Unteren Bodenschutzbehörde nach einer Bodenkundlichen Baubegleitung wurde in die textlichen Festsetzungen des B-Plans unter den Punkt 7.1 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen übernommen.</p> <p>Das Bodenschutzkonzept als Grundlage der Bodenkundlichen Baubegleitung ist mit der Unteren Bodenschutzbehörde im Vorfeld der Bebauung abzustimmen. Aus der Darstellung und Bewertung der vorhandenen Böden mit ihren Bodenfunktionen sind Maßnahmen zum Schutz der Böden während des Zeitraums der Nutzung und in den Bauphasen abzuleiten. Dies betrifft insbesondere verdichtungsempfindliche Böden und Böden mit für Brandenburg vergleichsweise hohen Bodenwertzahlen (&gt; 33).</p> <p>Eine Dokumentation der Bodenkundlichen Baubegleitung ist der Unteren Bodenschutzbehörde im Anschluss an das Bauvorhaben zu übergeben.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Bodenschutzkonzept mit Bodenschutzplan ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p>

[illegible]

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Ausgleichsmaßnahmen sind so lange zu unterhalten, wie die ihr zugrundeliegenden Beeinträchtigung von Arten anhält.</p> <p>Weitergehende Hinweise</p> <p>1) Gemeinsame Arbeitshilfe PV-FFA des MLUK, ML und MWAE</p> <p>Die Berücksichtigung der "Gemeinsamen Arbeitshilfe PV-FFA - Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg" wird empfohlen.</p> <p>Danach ist bei der Planung von PV-FFA auf Flächen des landesweiten Biotopverbundes darauf zu achten, dass dessen Funktionsfähigkeit gewährleistet wird.</p>	<p>Im Umweltbericht wird die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des landesweiten Biotopverbundes dargelegt.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
		2) Biotopverbund		
		Der vorhabenbezogene Bebauungsplan liegt innerhalb des landesweiten Biotopverbundes, namentlich im "Korridor für waldgebundene Arten mit großem Raumbedarf (1 km Breite)".		Das Landschaftsprogramm bzw. der Teilplan Biotopverbund befindet sich im Entwurf. Im derzeit bestehenden Landschaftsprogramm ist der Biotopverbundkorridor nicht enthalten.
		Als landesweite Ziele für die Arten mit großem Raumanspruch gilt Folgendes: "Die erforderliche Mindestbreite von 1000m sollte nicht unterschritten werden".		Im Umweltbericht werden die möglichen Korridore innerhalb und auch außerhalb des Plangebietes dargestellt. Der Plan im Landschaftsprogramm hat einen Maßstab von 1:300.000. Es kann allein aufgrund der Unschärfe dieser Flughöhe nicht genau bestimmt werden, inwieweit das PV-Vorhaben den Wildkorridor beeinflusst.
		Der B-Plan wird diesen Erfordernissen mit der Festsetzung eines 100m-Korridors nicht hinreichend gerecht.		Ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung besteht auch aufgrund von § 2 EEG. Da der Belang gemäß § 10 Abs. 3 BNatSchG der Abwägung zugänglich ist, sollte der geplanten Nutzung aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie der Vorrang eingeräumt werden.
		Er ist im Zusammenwirken mit der Gemeinde Milower Land, die unmittelbar nördlich den Bebauungsplan "Solarpark Knoblauch Süd - Sondergebiet Freilandsolaranlage" aufstellt, mittels B-Plan-Anpassung oder sonst geeigneten Maßnahmen zu gewährleisten.		Der Abstand zum geplanten "Solarpark Knoblauch Süd" wurde durch Reduzierung der Sondergebietsfläche auf 100 m erweitert. Die Korridore innerhalb des Plangebietes wurden auf 30 m Breite ergänzt und erweitert.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>3) Besonderer Artenschutz</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass nicht infolge von Handlungen aufgrund des B-Plans einschließlich der Durchführung bauvorbereitender Maßnahmen artenschutzrechtliche Verbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.</p> <p>CEF-Maßnahmen müssen gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG mit Beginn des Vorhabens bereits wirksam sein.</p> <p>Sie müssen so durchgeführt werden, dass zwischen dem dokumentierten Erfolg der Maßnahmen und dem vorgesehenen Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht. CEF-Maßnahmen müssen außerdem in einem sehr engen räumlichen Zusammenhang realisiert werden, damit die betroffene ökologische Funktion dort weiterhin erfüllt wird.</p>	<p>Die Umsetzung der CEF-Maßnahmen ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Es wird außerdem daraufhin gewiesen, dass für Vorhaben in Gebieten mit rechtskräftigen oder planreifen B-Plänen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach folgender Maßgabe gelten: Sind europäisch besonders geschützte Tierarten einschließlich europäische Vogelarten betroffen, liegt gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG ein Verstoß gegen das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Einhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.



Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Das heißt, dass beispielsweise für die Vergrämung von Individuen geschützter Arten mittels fachlich anerkannter Methoden oder ihr selektiver Fang mit Hilfe nicht tierschutzwidriger Praktiken und ihre Umsetzung auf eine angrenzende nach fachlich anerkannten Standards qualifizierte Fläche entsprechend eines mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Umsiedlungskonzeptes keine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich ist, sofern es im Zusammenhang mit einem Vorhaben im Bebauungsplan steht, der zu diesem Zeitpunkt rechtskräftig oder planreif ist.</p> <p>Über die Durchführung und den Erfolg der Ausgleichsmaßnahmen ist die untere Naturschutzbehörde durch den Vorhabenträger unverzüglich und in geeigneter Weise zu unterrichten.</p>	
			<p>Sofern die Verletzung von Zugriffsverboten des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG außerhalb des vorgenannten Rechtsrahmens des § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BNatSchG liegt und absehbar unvermeidbar oder nicht sicher vermeidbar ist, muss der Verursacher eine artenschutzrechtliche Ausnahme von der unteren Naturschutzbehörde einholen. Es wird darauf hingewiesen, dass in der Rechtsfolge des § 19 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG eine aufgrund der Aufstellung eines B-Plans bzw. durch vorbereitete Vorhaben absehbare Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes nur bei zuvor ermittelten nachteiligen Auswirkungen nicht vorliegt, die zulässig sind oder von der zuständigen Naturschutzbehörde genehmigt wurden.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			4) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung Es wird auf die Einhaltung der Regelungen des § 40 Abs. 1 BNatSchG sowie die Handlungsanleitung gebietseigenes Pflanz- und Saatgut zur Umsetzung des § 40 BNatSchG hingewiesen. Es sind ausschließlich Gehölze und Saatgut aus gebietseigenen Herkünften zu verwenden. Beim Saatgut sollten aus Gründen der Förderung der Biodiversität vorzugsweise kräuterreiche Mischungen festgelegt werden.	Die Verwendung von gebietseigenen Pflanz- und Saatgut, auch durch Mahdgutübertragung, ist mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzt.
<b>22.5</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Fachdienst Landwirtschaft</b>		Der FD Landwirtschaft verweist auf die Hinweise seiner Stellungnahme vom 30.11.2023 unter dem Aktenzeichen 04016-23-60.  <i>Stellungnahme vom 30.11.2023:</i>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.  <i>Abwägung vom 26.01.2024</i>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die für das Planvorhaben vorgesehenen Flächen werden derzeit von folgenden Landwirtschaftsbetrieben bewirtschaftet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Agrar GmbH Märkisch Bensdorf</li> <li>- Gut Herrenhölzer GmbH &amp; Co.KG</li> <li>- R. Noack Agrar GmbH Hornow</li> <li>- Agrarland GmbH Felixsee</li> </ul>	
			<p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit den genannten Bewirtschaftern im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.</p> <p>Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln u. somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- u. Konversionsflächen erfolgen. Acker oder Grünland sollten nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden.</p>	<p>Die Grundstückseigentümer haben nach Kenntnis der Gemeinde für die Nutzung ihrer Grundstücke zur Errichtung der PV-Anlage einen Nutzungsvertrag geschlossen.</p> <p>Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><i>Durch die aktuelle Novelle des EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbaren-Energie-Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausneutral ist, sollten die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</i></p> <p><i>Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise und unter dem Aspekt der Energiegewinnung liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem Planvorhaben vor.</i></p>	<i>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</i>
<b>22.6</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark</b> <b>Dienststelle: Fachbereich 4</b> <b>Untere Jagdbehörde</b>		Seitens der Unteren Jagdbehörde erfolgte keine Äußerung.	<i>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</i>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>22.7</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Fachdienst Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz, Bereich Brandschutz</b>		<p>Für das Bauvorhaben wird die Bereitstellung einer Löschwassermenge von 800 l/min (48 m<sup>3</sup>/h) für eine Dauer von zwei Stunden gefordert.</p> <p>Als Löschwasserentnahmestellen können einbezogen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- geeignete offene Gewässer</li> <li>- Löschwasserteiche nach DIN 14210</li> <li>- Löschwasserbrunnen nach DIN 14220</li> <li>- unterirdische Löschwasserbehälter nach DIN 14230</li> <li>- Hydranten (Unter- und Überflurhydranten)</li> </ul> <p>Für Löschwasserentnahmestellen am öffentlichen Trinkwassernetz ist die Ergiebigkeit der Löschwasserentnahmestellen durch das zuständige Wasserversorgungsunternehmen nachzuweisen. Als Ergiebigkeitsnachweis für Löschwasserbrunnen gilt ein Prüfprotokoll eines Fachunternehmens für Brunnenbau (aktueller Nachweis).</p> <p>Für alle anderen Löschwasserentnahmestellen sind der Brandschutzdienststelle eine Beschreibung der Beschaffenheit und ein Ergiebigkeitsnachweis (Anfahrbarkeit ggf. mit Bilddokumentation, Volumenberechnung) vorzulegen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Versorgung mit Wasser, besonders die ausreichende Löschwasserversorgung, sowie die Verkehrswege zur Nutzung für die Feuerwehr werden in einem Brandschutzkonzept bei der Genehmigungsplanung berücksichtigt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die geforderte Gesamtlöschwassermenge muss in einem Umkreis von max. 300 m zum Bauvorhaben zur Verfügung stehen.</p> <p>Hinweis Der Grundsatz ist bereits während der Bauphase zu gewährleisten. Es ist eine geeignete Zufahrt für die Feuerwehr vorzuhalten bzw. ständig benutzbar zu halten und mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-74x210 "Feuerwehruzufahrt" zu kennzeichnen. Diese muss, insbesondere hinsichtlich der Breite und Tragfähigkeit, nach der "Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" ausgeführt sein. Es sind geeignete Stell- und / oder Bewegungsflächen für die Feuerwehr in Anlehnung an die "Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" nach Absprache mit der Brandschutzdienststelle vorzuhalten. Um einen gewaltfreien Zugang für die Feuerwehr auch außerhalb der Betriebszeiten zu gewährleisten, ist eine Feuerweherschließung zumindest am Tor der Einfriedung erforderlich. Es ist möglich, das Tor mit einem Schloss mit Doppelschließung (1x Betreiber, 1x Feuerwehr) auszurüsten oder aber einen Schlüsselrohrtresor zu installieren, in dem der Torschlüssel untergebracht ist.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Es ist ein Feuerwehrplan (Übersichtsplan) nach DIN 14095 "Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen" zu erstellen. Feuerwehrpläne sind durch textliche Angaben (Objektbeschreibung gemäß Anhang B der DIN 14095) zu ergänzen. Das zeichnerische Grundlayout ist gemäß der DIN 14095 vorzunehmen. Die Hinweise zum Erstellen von Feuerwehrplänen des Landkreises Potsdam-Mittelmark sind ebenfalls zu beachten. Die Feuerwehrpläne sind vor der Vervielfältigung mit dem zuständigen Mitarbeiter der Brandschutzdienststelle abzustimmen. Vorhandene Feuerwehrpläne sind entsprechend zu aktualisieren bzw. zu ergänzen. Der Betreiber der baulichen Anlage hat den Feuerwehrplan mindestens alle 2 Jahre von einer sachkundigen Person prüfen zu lassen. Die Prüfung und Freigabe sowie die Verteilung der Unterlagen an die zuständigen Stellen erfolgt durch die Brandschutzdienststelle. Für die Hinterlegung der Pläne am Objekt ist der Eigentümer / Betreiber zuständig.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Weitere Anforderungen:</p> <p>Gemäß DIN VDE 100 Teil 7-12 besteht die Forderung, Photovoltaik-Anlagen mit einem Gleichstrom (=DC)-Lasttrennschalter vor dem Wechselrichter auszustatten. Werden die Wechselrichter nicht in unmittelbarer Modulnähe installiert, so ist ein separater DC-Lasttrennschalter direkt an den Modulen vorzuhalten.</p> <p>Die Bedienung des "DC-Notausschalters" muss durch eine manuelle Fernauslösung möglich sein. Diese gilt es gegen unbeabsichtigtes Wiedereinschalten zu sichern. Die Fernauslösung ist im Bereich Elektro-(Haus)-anschlusses anzuordnen. Die Fernauslösung ist als gelber Druckknopfmelder (RAL 1004) auszuführen. Der "DC-Notausschalter" ist mit einem Hinweisschild entsprechend der DIN 4066 (105 x 297 mm) zu kennzeichnen.</p>	



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>22.8</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Fachdienst Gesundheit</b>		<p>Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen.</p> <p>Das Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand 26.01.2024, und Blendgutachten, Stand 17.11.2023, fachamtlich bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch geprüft. Das Landschaftsbild hat für viele Menschen eine sehr hohe Bedeutung, da es zur Erholung, zu einem Sich-Wohlfühlen und damit zur Lebensqualität beiträgt. Zur Vermeidung von Konfliktpotential wird in Bezug auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit daher auf natürlichen Sichtschutz auf die Solaranlage durch Hecken- und Baumstreifenbepflanzung hingewiesen.</p> <p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
<b>22.9</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht Bereich Untere Denkmalschutzbehörde</b>		Die Belange des Denkmalschutzes finden ausreichend Berücksichtigung.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>23</b>	<b>Stadt Brandenburg an der Havel</b> Klosterstraße 14 / Haus A 14770 Brandenburg an der Havel	21.03.24	<p>In Ergänzung der Stellungnahme vom 06.12.2023 gibt es aus Sicht der Stadt Brandenburg an der Havel folgende Hinweise und Anmerkungen.</p> <p>Zu der Stellungnahme der UNB vom 05.12.2023 wird Folgendes ergänzt:</p> <p><b>Artenschutz</b></p> <p><b>Wanderkorridor am Plauer Grenzgraben und Migrationskorridore für Großsäuger</b></p> <p>Am Plauer Grenzgraben ist die Maßnahmefläche A7 geplant, die zusammen mit dem Flurstück 45 einen Korridor mit einer Breite von 100m bis zum geplanten Solarpark "Knoblauch Süd" der Gemeinde Milower Land bildet. Laut Umweltbericht zum Solarpark "Altbensdorf" ist die Fläche Teil des Hauptwanderkorridors für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch (Abb. 18, Seite 41).</p> <p>Das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, Entwurf Teilplan Biotopverbund, setzt für den überregionalen Wanderkorridor für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch eine Breite von 1 km an.</p> <p>Die Breite dieses Wanderkorridors würde damit im Bereich des Solarparks Altbensdorf auf einer Länge von knapp 1 km erheblichst reduziert.</p> <p>Durch den nord-östlichen Teil des Solarparks wird zudem die kürzeste Wanderstrecke für wildlebende, waldgebundene Tierarten durch waldfreie Bereiche auf eine Länge von etwa 1,5 km verdoppelt (W-O-Richtung).</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Landschaftsprogramm bzw. der Teilplan Biotopverbund befindet sich im Entwurf. Im derzeit bestehenden Landschaftsprogramm ist der Biotopverbundkorridor nicht enthalten.</p> <p>Im Umweltbericht werden die möglichen Korridore innerhalb und auch außerhalb des Plangebietes dargestellt.</p> <p>Der Plan im Landschaftsprogramm hat einen Maßstab von 1:300.000. Es kann allein aufgrund der Unschärfe dieser Flughöhe nicht genau bestimmt werden, inwieweit das PV-Vorhaben den Wildkorridor beeinflusst.</p> <p>Ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung besteht auch aufgrund von § 2 EEG. Da der Belang gemäß § 10 Abs. 3 BNatSchG der Abwägung zugänglich ist, sollte der geplanten Nutzung aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie der Vorrang eingeräumt werden.</p> <p>Der Abstand zum geplanten "Solarpark Knoblauch Süd" wurde durch Reduzierung der Sondergebietsfläche auf 100 m erweitert.</p> <p>Die Korridore innerhalb des Plangebietes wurden auf 30 m Breite ergänzt und erweitert.</p> <p>Die Festsetzungen zur Einfriedung wurden Migrationsfreundlich unter Punkt 6 festgesetzt: "Um Kleintieren/Mittelsäugetieren das Durchqueren der Anlage zu ermöglichen, ist mit der Zaununterkante erst ab 0,15 m über Erdreich zu beginnen, größere Öffnungen aller 30,00 m"</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Nach Angaben der Gemeinde Milower Land wird auch der im Umweltbericht zum Solarpark Altbensdorf dargestellte Ausweichkorridor zwischen Knoblauch und Nitzahn mit dem Öko-Solarpark Nitzahn-West (siehe Abb. 1) überplant. Die Gemeinde Bensdorf selbst plant den Solarpark Dunke (siehe Abb. 2). Damit würde auch der zentrale Ausweichkorridor in seiner Breite erheblich reduziert.</p> <p>Die UNB fordert daher, die Wander- und Wildtierkorridore nochmals zu prüfen und in Abstimmung mit den beiden Kommunen, beiden Landkreisen und der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel ein Konzept zu entwickeln, das die ökologische Wirksamkeit des Wanderkorridors als Ziel des Landschaftsprogramms sicherstellt. Soweit der Korridor bereits jetzt nicht mehr umfänglich seine Funktion erfüllt, ist es umso wichtiger, zukünftige Beeinträchtigungen auszuschließen.</p>	<p>Damit sind nur Großsäuger auf die Migrationskorridore innerhalb und außerhalb des Plangebietes angewiesen.</p> <p>Von einer Funktionsfähigkeit des Biotopverbundkorridors ist weiterhin auszugehen, wenn der nördliche Wanderkorridor für wandernde Großsäuger attraktiv gestaltet wird.</p> <p>Folgende Maßnahmen unterstützen die Funktionalität als Wanderkorridor für Rothirsche:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Der Korridorbereich wird als Frischwiese ausgeführt sowie einzelnen Gehölztrupps (am Plauer Grenzgraben auf max. 5% der Fläche) als Leitstruktur sowie als Ansitzwarte halboffenlandartig gepflanzt.</li> <li>-Keine Betretung und Befahrung des Korridors zur Dämmerungs- und Nachtzeit (temporäres Jagdverbot).</li> <li>-Keine Jagdeinrichtungen</li> </ul>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Aus Sicht der UNB würde ein solcher Zustand zur Unzulässigkeit der Planungen führen.</p> <p>Der Wanderkorridor ist insgesamt so zu gestalten, dass seine Funktionsfähigkeit erhalten bleibt. Der Belang des überregionalen Biotopverbundes unterliegt nach Auskunft des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, Referat 44, nicht der Abwägung. Damit sind Solarparks, die die Funktion des Wanderkorridors untergraben, unzulässig, da sie auch an anderer Stelle errichtet werden können (Alternativenprüfung). Ggf. muss der Erhalt Funktionsfähigkeit durch ein Gutachten nachgewiesen werden.</p>	<p>Der Belang unterliegt ganz klar der Abwägung. In §10 Abs. 3 BNatSchG (Landschaftsprogramme und Landschaftsrahmenpläne) heißt es: „Die konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind, soweit sie raumbedeutsam sind, in der Abwägung nach § 7 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes zu berücksichtigen.“.</p> <p>Durch die Nutzung des Wortes „berücksichtigen“, ist klargestellt, dass es sich bei den Inhalten der Landschaftsplanung um Abwägungsbelange handelt. Dies wird im Kapitel „Aufgabe und rechtliche Stellung des Landschaftsprogramms“ im aktuell bestehenden Landschaftsprogramm auch nochmal deutlich gemacht: „Die Darstellungen des Landschaftsprogramms sind [...] von Behörden und öffentlichen Stellen, deren Planungen und Maßnahmen die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege berühren können, zu berücksichtigen. Sie unterliegen damit dem eigenen Abwägungsgebot der planenden Behörde oder öffentlichen Stelle.“</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			Die Maßnahme A4 wurde auf 20 m verbreitert und differenzierter ausgeführt. Die UNB ist jedoch weiterhin der Auffassung, dass die Maßnahme fläche mindestens 30 m breit sein muss, um den Anforderungen der naturschutzfachlichen Belange gerecht zu werden. Hierbei sind insbesondere die Artenschutz- und Migrationsfunktion zu nennen. An der Stellungnahme zum Entwurf wird in diesem Punkt festgehalten.	<p>Der Baumfalke wird gemäß der gutachterlichen Einschätzung von NSI nicht vom Solarpark im Hinblick auf anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen beeinträchtigt. Diese Einschätzung wurde im Hinblick auf die Einrichtung einer 10 m breiten Waldrandzone gemacht. In der Planzeichnung ist nun eine vergrößerte Breite von 20 m vorgesehen.</p> <p>Es werden weder Bäume gefällt noch Aufastungen von nestnahen Bäumen vorgenommen. Ebenfalls ändern sich nicht die Bedingungen auf der Nahrungsflächen zwischen den Modulen. Dort werden sich voraussichtlich sogar noch mehr Mäuse unter den Solarmodulen einstellen als bei einer Ackernutzung. Baubedingte Auswirkungen (Störungen im Nestumfeld) werden durch die Bauzeitenregelungen vermieden. Alle Vermeidungsmaßnahmen werden beachtet.</p> <p>Gemäß der methodischen Vorgaben des AID Infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e.V. (2016): "Waldränder gestalten und pflegen" kann ein Waldrand von 20 m Breite die ökologische Funktionalität gewährleisten. Damit wird auch die von der uNB geforderte Migrationsfunktion gestützt. Die Gehölzpflanzungen auf der Waldrandzone bzw. Korridor werden nicht gezäunt. Es bleibt daher weiterhin ein Pufferstreifen als Korridor zwischen Baufeldzaun und Plauer Grenzgraben von 30 Metern bestehen.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
				<p>Der vom NSI kartierte Ortolan am östlichen Rand des Solarparks befindet sich nicht auf dem Gebiet der Stadt Brandenburg. Der Ortolan brütet am Rand von Getreidefeldern also auf dem Gebiet der Gemeinde Bensdorf. Durch das Vorhaben wird das Habitat des Ortolans anlagen- und betriebsbedingt beeinträchtigt (vgl. Naturschutzzinstitut Dresden 2023). Zur Überwindung des Konfliktes schlägt das NSI vor, entweder einen wiederkehrenden Getreidestreifen am Waldrand als Pufferstreifen zum Solarfeld anzulegen und zu unterhalten oder auf eine geeignete CEF-Fläche nordwestlich am Waldrand Plauer Grenzgraben auf dem Gebiet der Gemeinde Bensdorf auszuweichen. Dieser Ausweichstandort CEF W1 wird für den Ortolan wiederkehrend mit Sommergetreide bestellt.</p>
		<p><b>Einfriedung mit Krautsäumen</b> Im Umweltbericht, S. 19 ist ausgeführt: "Ein bis zwei Meter innerhalb des Zauns der Modulfelder werden in die Kräutersäume der Waldrandgestaltungsmaßnahmen integriert. Dadurch wird sichergestellt, dass die Kräutersäume mindestens 5 Meter breit sind, um ihre Habitatfunktionen mit den angrenzenden Strauchzonen voll umfänglich zu erfüllen." bzw.: "Zwischen Zaun und Modultischen werden 3,0 m Abstand eingehalten, von denen 2 m als Gras- und Krautsaum für die Waldrandgestaltung im Bereich angrenzender Waldflächen gesichert werden."</p>		<p>Im Umweltbericht und den Maßnahmenblättern wurden die Kräutersäume außerhalb der Einzäunung angeordnet.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Hierzu findet sich in der Planzeichnung keine Regelung. Dort ist geregelt: "Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO), Grenze zur Aufstellung von Solarmodulen und den erforderlichen Betriebsstationen. Baulichen Nebenanlagen (Einfriedung, Wege, Stellflächen, Leitungen, Kameramasten sowie bauliche Nebenanlagen zum Brandschutz) sind auch außerhalb der Baugrenze zugelassen."</p> <p>Für die Krautsäume ein bis zwei Meter innerhalb des Zaunes ist noch eine eindeutige Festsetzung zu finden, ansonsten läuft die Aussage im Umweltbericht ins Leere.</p>	<p>Die Regelung in der Planzeichnung bleibt bestehen.</p> <p>Die Krautsäume werden außerhalb des Zaunes angeordnet, die Aussage im Umweltbericht wurde entsprechend angepasst.</p>
			<p>Die Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind soweit wie rechtlich möglich als grünordnerische Maßnahmen in der Planzeichnung festzusetzen, hilfsweise sind sie mittels städtebaulichem Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger zu vereinbaren und mit beschränkt persönlicher Grunddienstbarkeit zu Gunsten der Unteren Naturschutzbehörde zu sichern. Die Ausführungen hierzu sind bisher nicht ausreichend.</p> <p>Die Maßnahmen für Ortolan und Baumfalke, die im Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel brüten, sind nur bei Beachtung der o.g. Forderungen zur Verbreiterung der Maßnahmenfläche A4 auf 30 m ausreichend.</p>	<p>Der Ortolan wird voraussichtlich Mitte April an seinem jetzigen Standort eintreffen und ungestört dort dieses Jahr brüten können. Wird sich das Tier nächstes Jahr wieder einfinden, steht ihm die Ausweichfläche nur einige 100 Meter entfernt zur Verfügung. Ob der Pufferstreifen nun 20 oder 30 Meter breit ist, spielt daher keine Rolle.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><b>Beleuchtung</b></p> <p>Regelungen zur Beleuchtung im gesamten Plangebiet fehlen weiterhin. Es reicht nicht aus, dass in der Abwägungstabelle steht, dass diese nicht vorgesehen ist sondern sie ist in der Planzeichnung auszuschließen und in der Begründung und im Umweltbericht zu erläutern.</p> <p><b>Einspeisung / Stromtrasse</b></p> <p>Zur gesicherten Umsetzbarkeit des Vorhabens müssen in der Begründung und im Umweltbericht Angaben dazu gemacht werden, wo die Einspeisung der zu erzeugenden Elektroenergie erfolgt. Bei einer Anlage dieser Dimension reicht die Angabe "wurde mit dem zuständigen Energieunternehmen vereinbart" nicht aus. Durch ein Planungsbüro wurde die UNB zur Trassenvarianten für eine Stromtrasse zum Elektrostahlwerk Brandenburg angefragt. Diese ist mit Eingriffen in Natur und Landschaft und möglichen Verstößen gegen Verbote der Naturschutzgesetze (FFH, Artenschutz, Biotopschutz) verbunden, deren Genehmigung mit geeigneten Unterlagen bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen ist. Bevor die Ableitung des Stroms nicht geklärt ist, sollte kein Satzungsbeschluss erfolgen. Diese Forderung wird aufrecht gehalten.</p>	<p>In der Begründung ist folgende Textpassage enthalten:</p> <p>"Eine Beleuchtung des Anlagengeländes ist nicht vorgesehen."</p> <p>Die grundsätzliche Möglichkeit der Einspeisung der zu erzeugenden Elektroenergie wurde mit dem zuständigen Energieunternehmen vereinbart.</p> <p>Die konkrete Gestaltung der Einspeisung ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p> <p>Eine Stromtrasse zum Elektrostahlwerk Brandenburg ist derzeit nicht vorgesehen.</p>



**Tabelle 4    Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
10	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	07.03.24
12	Stadt Genthin	07.03.24
19	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement, Wusterwitz	19.03.24

**Tabelle 5 Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**

lfd. Nr.	Beteiligung der Öffentlichkeit	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
1	<b>SKK Sand und Kiesgewinnung Kehrman GmbH</b> <b>GF Gerhard Schaller</b> Thölauerstraße 13 95615 Marktrechwitz	04.04.24	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans weiterhin zu großen Teilen (ca. 42 ha) einem Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstofflagerstätten (Kies und Sand) unterliegt.</p> <p>Die Stellungnahme wurde hinsichtlich folgender Punkte angepasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Rücknahme des Geltungsbereiches des Bebauungsplans gegenüber dem im Eigentum befindlichen Rohstoffeigentum von ehemals 65 ha auf 42 ha</li> <li>- auf Basis zwischenzeitlich geführter Gespräche mit Herrn Hase (Direktor des Amtes Wusterwitz)</li> </ul> <p><u>Darstellung der Rechte</u></p> <p>Gerhard Schaller hat das Eigentum an den hier betroffenen oberflächennahen Rohstofflagerstätten erworben und verfügt daher über das Eigentum an diesen Rohstoffen.</p> <p>Es wird beabsichtigt, den Abbau der Rohstoffe in den nächsten Jahren im Bereich der vom Geltungsbereich des Bebauungsplans betroffenen Flächen durchzuführen und ein Rahmenbetriebsplan wird erarbeitet.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Darstellung der Situation hinsichtlich der Aufstellung des Bebauungsplans im Konflikt mit den Rechten

Der dargelegte Entwurf des Bebauungsplans sieht vor, einen ca. 42 ha großen Teil der Rohstoffeigentumsflächen als "Sonstiges Sondergebiet für erneuerbare Energien" mit der Zweckbestimmung "Fläche zur Stromerzeugung auf der Basis solarer Strahlungsenergie - Photovoltaik-Anlage" festzusetzen.

Mit der bereits abgegebenen Stellungnahme wurde klargestellt, dass diese Festsetzung abgelehnt wird, da die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage im Bereich der Rohstoffeigentumsflächen mit dem Recht zur potentiellen Vornahme des Abbaus des betroffenen Rohstoffes nicht vereinbar ist, da die errichtete PV-FFA keinen Abbau der Rohstoffe innerhalb einer gewissen Zeit zulässt.

Als Eigentümer des hier betroffenen Rohstoffes wird Herr Schaller seine Zustimmung zur Errichtung der beabsichtigten PV-FFA nicht erteilen, da die Errichtung einen erheblichen Eingriff in sein Recht zum Abbau des Rohstoffes darstellt.

Der mit der Errichtung der PV-FFA verbundene Eingriff in die Nutzungsrechte seines Eigentums widerspricht Artikel 14 des Grundgesetzes. Demnach sind Eigentumsrechte vor fremden Ansprüchen geschützt.

Das Bergwerkseigentum wird in der weiteren Planung zu Abwägungs- und Ermessensentscheidungen aufgenommen. Das Bergwerkseigentum ist als privater Belang in die Abwägung einzustellen. Bergbauberechtigungen unterfallen zwar dem Schutzbereich des Eigentumsgrundrechts nach Art. 14 Abs. 1 GG. Der Bergwerkseigentümer hat aber kein Abwehrrecht gegen eine den potenziellen Rohstoffabbau störende Nutzung durch den Grundstückseigentümer. Das Bundesberggesetz trennt in deutschrechtlicher Tradition die in § 3 III Bundesberggesetz („BBergG“) genannten (bergfreien) Bodenschätze vom Grundeigentum. Auf sie erstreckt sich nach § 3 II 2 BBergG das Eigentum an einem Grundstück nicht. Ausschließlich berechtigt, solche Mineralien zu gewinnen und das Eigentum an ihnen zu erwerben, ist der durch eine Bewilligung nach § 8 I BBergG (oder durch Verleihung des Bergwerkseigentums, § 9 I BBergG) Begünstigte. Als solches berechtigt es bei einem bergfreien Bodenschatz aber nicht zur Nutzung der Grundstücksoberfläche. (BGH, Urteil vom 23. November 2000 – III ZR 342/99 –, BGHZ 146, 98-104).

Im Übrigen verbleibt es grundsätzlich bei der in § 903 S. 1 BGB normierten Befugnis des Grundstückseigentümers, mit seiner Sache nach Belieben zu verfahren. Dazu gehört vor allem die Nutzung der Grundstücksoberfläche. Kann der Abbau des Bodenschatzes nicht ohne gleichzeitige Inanspruchnahme der Erdoberfläche betrieben werden, wie es bei einer Gewinnung im Tagebau der Fall ist, muss sich der Bergwerkseigentümer zusätzliche Rechte einräumen lassen, sei es durch freihändigen Grundstückserwerb oder durch Vereinbarung eines Nutzungsverhältnisses mit dem Eigentümer, sei es zwangsweise in Form der bergrechtlichen Grundabtretung nach § 8 I Nr. 4 BBergG. Eine solche Einräumung von Nutzungsrechten oder eine Grundabtretung ist nicht erfolgt. Mit anderen Worten kann der Bergwerkseigentümer keine Abwehransprüche gegen eine oberflächliche Nutzung geltend machen. Will er zukünftig einen Abbau über Tage durchführen, fehlt es ihm an den dazu erforderlichen Rechten.

Aufgrund der Sicherung der Nutzungsrechte bei den Grundstückseigentümern kommt hier nur die Grundabtretung als Instrument in Betracht. Ein etwaiges Verfahren wird aber nicht ernstlich zum Erfolg führen können. Es besteht bereits eine verfestigte Planung für eine andere Nutzung der Grundoberfläche, die auch im überragenden öffentlichen Interesse steht (§ 2 EEG 2023). Die Gemeinde hat andere Ziele mit der entsprechenden Fläche. Ebenso handelt es sich nach dem noch aktuellen Regionalplanentwurf nur um ein Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffsicherung. Wie bereits in Tabelle 3 zur Stellungnahme 16 ausgeführt, wird es keinen reellen Bedarf an der Inanspruchnahme dieses Gebiets im Geltungsbereich des Regionalplans geben. Eine ausreichende Rohstoffsicherung an anderer Stelle liegt in vorrangigem öffentlichem Interesse. Bereits nach dem bisherigen Regionalplanentwurf besteht also kein öffentliches Interesse an einer Inanspruchnahme der Rohstoffe.

Vielmehr wird das „VB 03 Bensdorf-West“ im Regionalplan nach aktuellem Stand an das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 18 "Solarpark Altbensdorf" angepasst werden sein. Regionalplanerisch besteht also gar kein Interesse mehr daran, an dieser Stelle eine Abgrabung durchführen zu können. Jedenfalls würde dies einer Betriebsplanzulassung im Wege stehen (vgl. Tabelle 3, Stellungnahme 14). Damit kann festgehalten werden, dass im Plangebiet ein obertägiger Kiesabbau für die Zukunft nicht erfolgen wird.

Die privatrechtliche zu berücksichtigende Position des Bergwerkseigentümers wird daher durch das öffentliche Interesse und das Interesse der Flächeneigentümer an einer PV-Nutzung überwogen, zumal die Grundstückseigentümer nach Kenntnis der Gemeinde für die Nutzung seines Grundstücks zur Errichtung der PV-Anlage einen Nutzungsvertrag geschlossen haben.

Hinzu kommt, dass durch die Bauleitplanung das Bergwerkseigentum nicht entzogen oder anders übertragen wird. Es fehlt daher an einem vollständigen oder teilweisen Entzug dieser Eigentumspositionen und einem dadurch bewirkten Rechtsverlust. Lediglich mittelbare Beeinträchtigungen des Eigentums bestimmen unabhängig von ihrer Intensität Inhalt und Schranken des Eigentums i. S. v. Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und stellen selbst dann keine Enteignung dar, wenn sie die Nutzung des Eigentums nahezu oder völlig entwerten.

Die verbleibende Position wird durch das öffentliche Planungsinteresse – wie zuvor dargestellt – überwogen. Dem steht auch die sogenannte Rohstoffsicherungsklausel gemäß § 48 Abs. 1 Satz 2 BBergG nach der Rechtsprechung des BVerwG, Urt. v. 23.5.2023 – 4 C 1.22, juris, Rn. 16 ff hier nicht entgegen. Danach ist bei der Anwendung von Vorschriften, die auf u. a. im Interesse eines öffentlichen Zwecks geschützten Grundstücken solche Tätigkeiten verbieten oder beschränken, die ihrer Art nach der Aufsuchung oder Gewinnung dienen können, dafür Sorge zu tragen, dass die Aufsuchung und Gewinnung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Diese sogenannte Rohstoffsicherungsklausel bringt die - bei Ermessens- und Abwägungsentscheidungen zu beachtende - gesetzgeberische Wertung zum Ausdruck, dass die heimische Rohstoffversorgung im gesamtwirtschaftlichen Interesse sichergestellt werden soll. Sie enthält aber keine "absolute" Vorrangregelung. Ein - etwaiges in die Abwägung eingestelltes - öffentliches Interesse am Rohstoffabbau bzw. an der Sicherstellung der heimischen Rohstoffversorgung stimmt mit dem privaten Interesse der Klägerin überein, verleiht ihm aber kein zusätzliches Gewicht (BVerwG, Urt. v. 23.5.2023 – 4 C 1.22, juris, Rn. 16 ff.). Hinzu kommt, dass ein verselbständigtes, dem Eigentumsschutz des Art. 14 Abs. 1 GG unterfallendes Anwartschaftsrecht auf Gewinnung aufgefunder Rohstoffe und Erteilung der entsprechenden Bewilligung mit der einfachrechtlichen berggesetzlichen Privilegierung nicht verbunden ist. Die bergrechtlichen Vorschriften begründen kein subjektiv-öffentliches Recht, das so verfestigt ist, dass ein ersatzloser Entzug nach der gesamten rechtlichen Ausgestaltung und dem rechtsstaatlichen Gehalt des Grundgesetzes als ausgeschlossen erscheint. Der Erlaubnisinhaber genießt zwar eine gewisse Privilegierung, die Erteilung der Bewilligung hängt aber von weiteren Bedingungen ab, die seinem Einfluss entzogen sind. In Ermangelung eines eigentumsfähigen Anwartschaftsrechts kommt auch ein spezifischer Vertrauensschutz für Investitionsentscheidungen nicht in Betracht. Er setzt eine eigentumsfähige Rechtsposition voraus, begründet diese aber nicht. Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG bietet ebenfalls keine Grundlage für einen Vertrauensschutz wegen frustrierter Investitionen (BVerwG, Urt. v. 23.5.2023 – 4 C 1.22, juris, Rn. 40).

Wie bereits unter Stellungnahme 16 - Tabelle 3 ausgeführt, überwiegt das öffentliche Interesse an der Planung auch in diesem Zusammenhang die Rohstoffsicherung weil ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung auch aufgrund von § 2 EEG besteht. Damit greift auch dafür eine Abwägungsdirektive, die in Zusammenhang mit den übrigen öffentlichen Interessen insbesondere der Planungshoheit der Gemeinde sowohl das öffentliche Interesse an der Rohstoffsicherung bzw. Rohstoffausnutzung und das private Interesse überwiegt. Aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie muss der geplanten Nutzung der Vorrang eingeräumt werden. Auch die privaten Belange überwiegen dies im Ergebnis also nicht. Die private Rechtsposition hat keinen absoluten Vorrang und kann eine anderweitige Planung der Gemeinde nicht verhindern.

Auf Grund der zwischenzeitlich geführten Gespräche mit Herrn Hase (Direktor des Amtes Wusterwitz) wird die Stellungnahme angepasst. Von Herrn Hase wurde die Bereitschaft in Aussicht gestellt, die geeigneten Flächen (Freiflächen) des Rohstoffeigentums in den Gemarkungen Altbensdorf und Vehlen (mit Ausnahme der betroffenen Flächen des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf) unter der Voraussetzung der Zustimmung der betroffenen Flurstückseigentümer mit eigenen Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu belegen. Voraussetzung dafür ist:

a) das Fassen von entsprechenden Beschlüssen zur Aufstellung von mindestens zwei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen für die betroffenen Flächen des Rohstoffeigentums in den Gemarkungen Altbensdorf und Vehlen zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Sondergebiet SO) mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik-Freiflächenanlage" gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO zur temporären Nutzung auf 31,5 Jahren gem. § 9 Abs. 2 BauGB durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Bensdorf und deren Entwicklung zur Rechtskraft

Auf eine etwaige Zustimmung kommt es nicht an. Eine umfassende Abwägung findet statt.

Insofern steht dem Bergwerkseigentümer auch keine Entschädigung zu. Vorliegend handelt es sich um eine Bauleitplanung, die eine andere Nutzung festsetzt. Unabhängig davon ist aber festzuhalten, dass die Beseitigung einer Privatnützigkeit eines bergrechtlichen Bewilligungsfeldes generell dann zumutbar ist, wenn die Lage eines Bewilligungsfeldes zwingend gebietet, die Gewinnung der Bodenschätze zu untersagen. Eine solche Untersagung muss der Bewilligung gewissermaßen "auf die Stirn geschrieben sein". Ein etwaiger Betriebsplan wird zukünftig nicht genehmigt werden, da erhebliche öffentliche Belange dagegen sprechen. Insbesondere würde dies zukünftig gegen die Regionalplanung verstoßen. Damit ist die entschädigungslose Überplanung eines Bergwerkseigentums möglich, weil eine Untersagung einer möglichen Gewinnung nach der Regionalplanung ausgeschlossen sein wird (vgl. BVerwG, Urteil vom 25. Oktober 2018 – 4 C 9/17 –, BVerwGE 163, 294-307, juris, Rn. 34).

- b) die Einigung zwischen dem Vorhabenträger der beabsichtigten Photovoltaik-Freiflächenanlage innerhalb des Geltungsbereiches des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf und Herr Schaller hinsichtlich einer entsprechenden Entschädigung, die der o.a. Vorhabenträger gegenüber Herrn Schaller zu leisten hat
- c) die Übertragung des Eigentums des Rohstoffes der betroffenen Rohstofflagerflächen in a) von Herrn Schaller an die Gemeinde Bensdorf

Angesichts der o.a. Ergebnisse der Gespräche mit dem Amtsdirektor Herrn Hase ist Herr Schaller bereit, auf Basis der eingetretenen o.a. Voraussetzungen der Punkte a) bis c) die in den Gliederungspunkten 1. bis 11. dargestellte Ablehnung der Zustimmung zurückzunehmen. Herr Schaller würde unter Eintritt o.a. Voraussetzungen der Punkte a) bis c) als der Rohstoffeigentümer einer Nutzung der Rohstoffeigentumsflächen durch die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf festgesetzte Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage diesem Vorhaben und den Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Entwurf) "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf zustimmen.

Darstellung einer temporären Nutzung der Rohstoffeigentumsflächen ohne Festsetzung einer zeitlichen Dimension über die Dauer des geplanten Solarparks innerhalb des Bebauungsplans

In den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans (Entwurf) wird gem. Nr. 1 Abs. 2 dargestellt, dass die festgesetzten Nutzungen und Anlagen im Sondergebiet gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 BauGB nur bis zur endgültigen Einstellung des Betriebes der PV-FFA zulässig sind. Als Folgenutzung nach § 9 Abs. 2 Satz 2 BauGB wird die landwirtschaftliche Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt. Eine zeitliche Begrenzung der Dauer bis zur endgültigen Einstellung des Betriebes der PV-FFA wird nicht festgesetzt. Daher schließt diese Festsetzung in dieser Form die Nutzung des Rechtes zum Abbau der betroffenen Rohstoffe vollständig aus.

Die Lebensdauer einer Freiflächenphotovoltaikanlage beträgt ca. 30 bis 35 Jahre. Aus diesem Grund ist dieser Zeitraum zur Nutzung der Flächen für Stromerzeugung auf der Basis solarer Strahlungsenergie benannt, aber nicht festgesetzt.

Die Befristung von Vorhaben gemäß § 9 Abs. 2 S.1 Nr. 1 BauGB erfordert einen definierten Geltungsbeginn und ein (kalendarisches) Enddatum. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Befristung nur für die festgesetzte Art der baulichen Nutzung gelten würde, die übrigen Festsetzungsinhalte des Bebauungsplans weiterhin gelten würden. Eine Befristung des Bebauungsplans selbst ist nicht möglich, da Festsetzungen zum "Baurecht auf Zeit" komplexen Vorgaben unterworfen ist (vgl. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg: Arbeitshilfe Bebauungsplan (Dez. 2022) Kapitel B27).

Die landwirtschaftliche Nachnutzung entspricht der bisher im FNP festgesetzten landwirtschaftlichen Nutzung und wird somit im Bebauungsplan wiederhergestellt. Eine Berücksichtigung einer anderen Rohstoffnutzung entspricht einerseits nicht dem Planungsinteresse der Gemeinde und andererseits besteht auch kein Anlass dazu, eine solche Nutzung festzusetzen. Dies würde ggf. einer anderen konkreten anschließenden Planung vorbehalten bleiben.



Angesichts des Gliederungspunkt 3. angegebenen Ergebnisse der Gespräche mit Herrn Amtsdirektor Hase ist Herr Schaller dennoch bereit, auf Basis der eingetretenen - in Gliederungspunkt 3. dargestellten - Voraussetzungen der Punkte a) bis c) das Vorhaben der Entwicklung einer PV-FFA im Bereich der Flächen des Rohstoffeigentums zu tolerieren.

Herr Schaller würde unter Eintritt der - in Gliederungspunkt 3. dargestellten - Voraussetzungen der Punkte a) bis c) als der Rohstoffeigentümer einer Nutzung der Rohstoffeigentumsflächen durch die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf festgesetzte Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage diesem Vorhaben und den Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Entwurf) "Solarpark Altbensdorf" BP 18 der Gemeinde Bensdorf zustimmen.

Das Bergwerkseigentum wird in der weiteren Planung zu Abwägungs- und Ermessungsentscheidungen aufgenommen.

Das Bergwerkseigentum ist als privater Belang in die Abwägung einzustellen. Als solches berechtigt es bei einem bergfreien Bodenschatz nicht zur Nutzung der Grundstücksoberfläche. Der Bergwerkseigentümer hat kein Abwehrrecht gegen eine den potenziellen Rohstoffabbau störende Nutzung durch den Grundstückseigentümer (BGH, Urteil vom 23. November 2000 – III ZR 342/99 –, BGHZ 146, 98-104). Dazu bedürfte es weitergehender Maßnahmen nach dem Berggesetz wie der Grundabtretung, die hier nicht erfolgt ist.

Wie bereits in dieser Stellungnahme ausgeführt, ist eine umfassende Abwägung erfolgt. Die den Bergbau betreffenden öffentlich und privaten Belange werden in die Abwägung eingestellt und entsprechend auch in der Begründung ergänzt.

Insbesondere wurde vorstehend bereits ausgeführt, dass eine bergrechtliche Betriebsplanzulassung nicht ersichtlich ist u. keine Sicherung der Nutzungsrechte für die Oberfläche in Betracht kommt (dazu bereits in Tabelle 3, Stellungnahme 16). Eine Nutzung ist deshalb nicht durchführbar u. liegt auch nicht in der alleinigen Verfügungsbefugnis des Bergwerkseigentümers. Seine Interessen werden ausführlich berücksichtigt.

Auf eine etwaige Zustimmung kommt es nach dem vorstehend Ausgeführten nicht an. Eine umfassende Abwägung findet statt.

Insofern steht dem Bergwerkseigentümer auch keine Entschädigung zu. Vorliegend handelt es sich um eine Bauleitplanung, die eine andere Nutzung festsetzt. Unabhängig davon ist aber festzuhalten, dass die Beseitigung einer Privatnützigkeit eines bergrechtlichen Bewilligungsfeldes generell dann zumutbar ist, wenn die Lage eines Bewilligungsfeldes zwingend gebietet, die Gewinnung der Bodenschätze zu untersagen. Eine solche Untersagung muss der Bewilligung gewissermaßen "auf die Stirn geschrieben sein". Ein etwaiger Betriebsplan wird zukünftig nicht genehmigt werden, da erhebliche öffentliche Belange dagegen sprechen. Insbesondere würde dies zukünftig gegen die Regionalplanung verstoßen. Damit ist die entschädigungslose Überplanung eines Bergwerkseigentums möglich, weil eine Untersagung einer möglichen Gewinnung nach der Regionalplanung ausgeschlossen sein wird (vgl. BVerwG, Urteil vom 25. Oktober 2018 – 4 C 9/17 –, BVerwGE 163, 294-307, juris, Rn. 34).